

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Malsfeld 6 /1986

Die Wende muß gewendet werden! Für eine neue Politik kämpfen!

Diese Wende muß gewendet werden, und eine neue Politik muß her, weil die Politik der Rechtskoalition unser Leben unsicherer gemacht hat: Neue Atomraketen wurden ins Land geholt. Die amerikanische Aufrüstung des Weltraums wird mitgemacht. Der Rüstungshaushalt ist der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Rechtskoalition folgt bedingungslos dem Kriegskurs Reagans und hat nicht darauf gedrängt, die großen Chancen der sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu ergreifen.

viese Wende muß gewendet werden, und eine neue Politik muß her, weil die Politik der Rechtskoalition Millionen Menschen zu einem menschenunwürdigen Leben verdammt: Über drei Millionen Menschen sind in Wirklichkeit arbeitslos. Über fünf Millionen Menschen müssen von Sozialhilfe leben. Über 200 Milliarden wurden den Menschen durch Sozialabbau genommen. Aber die Reichen wurden immer reicher gemacht. Das ist die "Stabilitätspolitik" der Rechtskoalition.

Diese Wende muß gewendet werden, und eine neue Politik muß her, weil die Politik der Rechtskoalition Arbeiterrechte zerstört: Das Streikrecht wurde eingeschränkt und die Aussperrung von Hunderttausenden erleichtert. Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte werden eingeschränkt und die Arbeitsverhältnisse schutzloser gemacht. Sie wollen den freien Samstag abschaffen.

Sie wollen das Tarifvertragssystem auflösen. Ein Verbändegesetz einführen. Betriebsräte und Belegschaften sollen zersplittert werden. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll gekappt werden.

Das muß und darf nicht so weitergehen. Die Wende muß gewendet werden, und eine neue Politik muß her. Das wird nur in gemeinsamer Anstrengung gelingen. Und das geschieht nicht erst nach der Wahl. Das geschieht durch unsere gemeinsamen Aktionen: Für atomare Abrüstung! Für die 35-Stunden-Woche! Für ein Beschäftigungsprogramm! Für Arbeiterrechte! Und das geschieht auch in der Wahl, in der die Wende gewendet werden kann. Fest steht: Wir brauchen eine neue Politik.

Deshalb hat die DKP auf eine eigene Kandidatur zur Bundestagswahl verzichtet.
Kommunistinnen und Kommunisten beteiligen sich neben vielen parteilosen Persönlichkeiten, neben Sozialisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen am Personenbündnis "Die Friedensliste".
Wir rufen dazu auf, mit der Erststimme den Kandidaten der Friedensliste im Wahlkreis 128, Carsten Bäzold, zu wählen, und mit der Zweitstimme der Wende ein Ende zu machen, das heißt, SPD oder GRÜNE zu wählen.

Abrüsten.

Der Wende ein Ende.



Vorschläge der D K P zum Haushalt der Gemeinde Malsfeld für 1987 :

In diesen Tagen hat die Malsfelder Gemeindevertretung den Haushaltsplan 1987 verabschiedet.

Die Kommunisten haben sich mit dem Entwurf des Haushaltsplanes beschäftigt. Hier lesen Sie unsere wichtigsten Forderungen und Verb esserungsvorschläge:

Abwasserbeseitigung:

Der Haushaltsplan enthält lediglich eine Steigerung der Einnahmen aus Abwassergebühren gegenüber dem Vorjahr von 15.000 DM. Da die Brauerei noch in diesem Jahr, die Wildsbergquelle spätestens Mitte 1987 an die Kläranlage angeschlossen werden soll, müßten diese Betriebe auch Abwassergebühren zahlen.

Mehrfach hat Bürgermeister Stöhr öffentlich behauptet, daß die Betriebe eine Gebühr von über 5 DM je Kubikmeter zu zahlen hätten. Das wären, laut Stöhr, 200.400 DM pro Jahr! Warum sind diese Einnahmen nicht im Haushalt angesetzt?

Was zahlen die Großeinleiter wirklich?

Wir fordern klare Beweise dafür, daß die genannte Abwassergebühr von den Betrieben auch tatsächlich erhoben wird!!

Wasserversorgung:

Der Wasserpreis wurde ab 1.1.87 um 20 Pfennig je cbm gesenkt.

Wir freuen uns mit den Malsfelder Bürgern darüber und betrachten diese Senkung als Erfolg unseres konsequenten Kampfes für eine niedrigere Belastung der Bevölkerung.

Doch trotz dieser Senkung liegt der Wasserpreis weit über den tatsächlichen Kosten! Der Bürgermeister betonte auf der letzten Gemeindevertretersitzung, daß im Bereich der Wasserversorgung keine Schulden mehr vorhanden sind.

Trotzdem sollen die Malsfelder Bürger im kommenden Jahr über den Wasserpreis 136.000 DM "Zinsen" bezahlen!!

Rechnet man die Zinsen und die "Abschreibung" heraus, so genügt ein Wasserpreis von 75 Pfennig, um den Haushalt auszugleichen!!

Deshalb fordern wir für 1987 einen Wasserpreis von höchstens 0,80 DM. Damit lassen sich alle laufenden Kosten und die vorgesehenen Investitionen abdecken!



Kindergarten:

Es ist ein Skandal, daß weder im Haushalt 1987 noch im Investitionsplan bis 1990 Mittel für die dringend notwendige Erweiterung des Kindergartens vorgesehen sind! Wir fordern:

Erweiterung des Kindergarten bis zum Sommer oder, als Alternative dazu, die Einrichtung eines Kindergartens im Hochland (Ostheim).

Welcher Lösung der Vorzug gegeben wird, haben die betroffenen Eltern zu entscheiden. Zu diesem Zweck sind Bürgerversammlungen in den betroffenen Orten durchzuführen.

Auf jeden Fall sind im Haushalt 1987 200.000 DM für diesen Zweck bereitzustellen!

Spielplätze:

Der Haushaltsansatz für den Unterhalt der Spielplätze ist zu verdoppeln (von 6.000 auf 12.000 DM).Weiter sind 2000 DM für Sicherheitsüberprüfung (TÜV) bereitzustellen.

Im Vermögenshaushalt sind mindestens 20.000 DM für die Anschaffung neuer Spielgeräte vorzusehen.

Im Laufe der nächsten 5 Jahre sind sämtliche Spielplätze unter Mitwirkung der Anwohner neu zu gestalten!

Volkszählung:

Die Aufwendungen der Gemeinde für die Durchführung der Volkszählung 1987 werden nur zum Teil vom Bund erstattet. Wir fordern: Keine Gemeindemittel für die Volkszählung!!

ABM

Bürgermeister Stöhr will in den nächsten Jahren die Zahl der ABM Stellen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) drastisch verringern! ABM Stellen bieten Arbeitslosen wenigstens vorübergehend Beschäftigung und kosten die Gemeinde keinen Pfennig.

Deshalb fordern wir: Kein Abbau der ABM-Stellen!!

Sonstiges:

Wir fordern Mittel für:

- den Erlaß von Beiträgen und Abgaben bei finanziellen Notlagen
- die Planung und den Ausbau von Radwegen
- Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen
- Verbesserung der Straßenbeleuchtung

Hier kann die Gemeinde mehr einnehmen:

- höherer Kläranlagenbeitrag für Brauerei und Wildsbergquelle
- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes (der wurde seit 8 Jahren nicht angehoben)

Einstimmig hat der Elternbeirat des Malsfelder Kindergartens den Gemeindevorstand aufgefordert, einer Erweiterung des Kindergartens zuzustimmen.

Außerdem verlangen die Eltern einen Zebrastreifen vor der Einmündung zum Kindergarten.

72.000 DM Kläranlagenbeitrag sind zur Zeit noch nicht gezahlt. Bürgermeister Stöhr sieht darin, wie er auf einer Ausschußsitzung erklärte, einen "Beweis dafür, daß die Bürger die Situation anerkannt hätten". Ob diese Aussage auch für diejenigen Bürger gilt, denen durch Zwangsmaßnahmen buchstäblich die letzten Groschen weggeholt wurden, sagte Stöhr nicht.

Mit geringeren Gewerbesteuereinnahmen rechnet die Gemeinde Malsfeld in den nächsten Jahren. Der größte Gewerbesteuerzahler, die Preussen Elektra (Tagebau Ostheim) ist mit der Norddeutschen Kraftwerksunion fusioniert. Da diese Firma bisher Verluste gemacht hat, sollen auf diese Weise die Gewinne der PREAG der Steuer entzogen werden.

19 Millionen soll nach Angabe des Bürgermeisters die Kläranlage (mit allen Hauptsammlern) bis zur Fertigstellung kosten. Vom 16 Millionen war noch bis vor einem Jahr die Rede.

Eine Lehrerin soll im Zuge einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im kommenden Jahr für Kinder von Asylbewerbern und sozial schwachen Bürgern als Hausaufgabenhilfe eingestellt werden.

Eine nochmalige Erhöhung der Abwassergebühr st für 1988 vorgesehen. Diese soll voraussichtlich 10 Pfennig betragen.

840.000 DM Kreisumlage muß die Gemeinde Malsfeld voraussichtlich 1987 an den Kreis abführen. Das sind 30.000 DM mehr als 1986 und fast 80.000 DM mehr als 1985. Der Grund für diese Steigerungen ist die gestiegene Anzahl von Sozialhilfeempfängern. Ein Grund mehr, die Bonner Rechtsregierung abzuwählen!

Die DKP fordert schon lange, daß die Sozialhilfelasten vom Bund getragen werden!







Weihnachten 1986 - ein Fest des Friedens ?

Weihnachten - wer von uns verbindet mit diesem Wort nicht Frieden, Entspannung, Erholung, ein paar freie Tage, Geschenke für die Menschen, die einem lieb und teuer sind?

Doch auch an diesem Weihnachtsfest, allein in diesen 3 Tagen, werden auf der Erde über 300.000 Kinder an Hunger sterben!

In Nicaragua werden die von den USA ausgebildeten und finanzierten Söldnertruppen wieder Dörfer überfallen, Männer, Frauen und Kinder umbringen.

Im "reichsten Land der Welt", den USA, werden hunderte Menschen in ihren Wohnungen erfrieren, weil sie die Heizung nicht bezahlen können.

In Südafrika werden tausende von Kindem das Weihnachtsfest in den Kerkern der Rassisten-

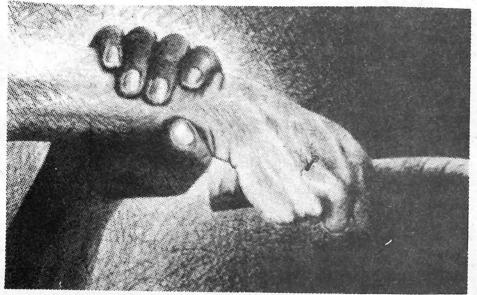
regierung anstatt bei ihren Familien verbringen. Das sind nur wenige Beispiele. Sie zeigen, daß nur eine Minderheit der Menschen auf dieser Erde das Weihnachtsfest in Frieden feiern kann.

Wünschen wir uns, daß sich alle Menschen ein menschenwürdiges Leben erkämpfen! Denn erkämpfen müssen sie dieses Leben gegen die-

rn
s,
nees
Flend dieser Welt noch

jenigen, die am Elend dieser Welt noch Milliardenprofite verdienen.

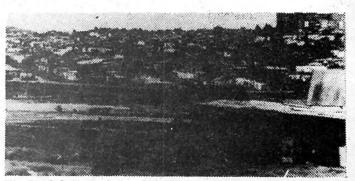
Südafrika ist nur ein, wenn auch besonders anschauliches Beispiel dafür!



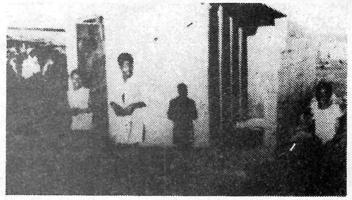
Malibongwe. Grafik von Hartmut Schröter.

So "leben" Arbeiter von VW in Südafrika

6 042 Menschen arbeiten bei VW in Uitenhage, Südafrika. Wie viele von ihnen "leben", zeigten ihre Kollegen aus der Bundesrepublik in einer kleinen Fotoausstellung anläßlich der internationalen Gewerkschaftertagung zum VW-Konzern. Zwei Eindrücke:



Ein Produktionsarbeiter bei VW Uitenhage: "Tagsüber produziere ich an hochmodernen Maschinen von VW. Nach Feierabend muß ich in eine mittelalterliche Wohnsituation zurück. Ich lebe mit meiner Familie von 7 Personen auf 40 qm. Wihaben keinen Strom und kein Wasser, und das Haus gehöuns auch nicht."



"Telefonzelle" – so werden die Latrinen genannt. Mitten auf der Straße müssen hier Hunderte von Menschen ihre Notdurft verrichten. Die Kloeimer fließen über; denn sie können bei der Menge der Benutzer nicht oft genug geleert werden. Der Gestank ist erbärmlich.

Zindzi Mandela

Ich habe alles versucht
Bruder
und ich werde nicht aufgeben
auch wenn das
was ich nicht sehen kann
hinter mir hochkriecht
und mich zu Brei zerstampft
auch dann nicht, wenn das
was ich nicht sehen kann
mich überholt
und mich grübelnd zurückläßt

Schlußfolgerung Ich muß noch einen weiteren Schritt tun und mich dabei entwickeln

Aus: Zindzi Mandela/Peter Magubane: Schwarz wie ich bin. Gedichte und Fotos aus Soweto. Lamuv-Verlag, 9,80 DM.

CDU-Wahl-Lüge

Nr. 1

SEH'NSIE, ALLES GEHT WIEDER AUFWARTS!

"Die Wirtschaft wächst wieder: Das schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand für alle"





Das ist die Wahrheit:

Die Wirtschaft wächst? Zweifellos. Das sind die Zahlen:

1982 — 1,2 Prozent 1983 + 1,3 Prozent 1984 + 2,6 Prozent 1985 + 2,4 Prozent 1986 ca. 3 Prozent

Das schafft Arbeitsplätze? Das sind die – offiziell registrierten – Arbeitslosenzahlen:

1982 1 833 244 1983 2 258 235 1984 2 265 559 1985 2 304 014 1986 2 303 343 (geschätzt)

Die Bundesregierung sagt: seit 1984 sind 400 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Stimmt. 200 000 gehen davon allein auf das Konto / der erkämpften Wochenarbeitszeitverkürzung. Die Zahlen zeigen eins: Wirtschaftswachstum schafft nicht Arbeit für alle. Und Arbeit für alle brauchen wir.

Wohlstand für alle? Gibt es nur in der Statistik. Nach der hat jeder Haushalt in unserem Land 100 000 DM auf der hohen Kante. Nur: 35 Prozent der Haushalte haben nur Schulden bei der Bank. Über dicke Sparguthaben verfügen nur 25 Prozent aller Haushalte, die verfügen über 25 000 DM und mehr.

Die Reichen wurden reichen. So stiegen die "Bruttoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen":

1982 + 5,5 Prozent 1983 + 12,1 Prozent 1984 + 9,0 Prozent 1985 + 8,0 Prozent 1986 + 11,5 Prozent (geschätzt)

Dagegen steht: 2,6 Millionen Menschen in unserem Land sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der Personen, die laufende Leistungen vom Sozialamt erhalten, hat sich seit 1981 um 500 000 erhöht. Dazu kommen: 1,6 Millionen Menschen ohne Arbeitslosenunterstützung; 1,4 Millionen Klein- und Kleinstrentner: Insgesamt müssen rund 5,8 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt von einem Einkommen bestreiten, das unter dem amtlich berechneten Existenzminimum liegt, ergab eine öffentliche Anhörung zum Thema Neue Armut in München im April dieses Jahres.

Darum: Der Wende ein Ende



Wendepolitik

z.b. für die Jugend...

Ein Blick auf die Zukunftschancen der Jugend im Jahre 1986: Die großangekündigte Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für junge Menschen der Regierung Kohl ist nicht eingetroffen. Über eine Million Jugendliche unter 25 Jahren sind ohne Ausbildung und ohne Arbeit. 325.000 Jugendliche blieben allein im Jahre 1985 ohne berufsqualifizierende schulische bzw. betriebliche Ausbildung. Und 1986 werden es wieder Hunderttausende sein, die sich vergeblich um eine qualifizierte Ausbildung bemüht haben. Ein Blickauf die Lebenssituation junger Menschen im Jahre 1986: Der Traum vom eigenen Leben, von finanzieller Unabhängigkeit, der Erfüllung bescheidener Wünsche endete für viele auf dem Sozialamt. Jeder zweite Sozialhilfeempfänger, der heute laufende Hilfe zum Unterhalt bekommt, ist jünger als 25 Jahre. Und es werden immer mehr.

Das ist der Lehrstellenskandal der Wendepolitiker: Junge Nenschen bleiben Jahr für Jahr auf der Strecke. Eine Generation von Sozialhilfeempfängern wächst in unserem reichen Landheran, weil nichts für sie getan wird.



Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelder!

Wahlkampf ist im Lande! Allerorten sieht man grinsende Politiker, wo man auch hinschaut. Im Fernseher, in den Zeitungen, selbst im Lautsprecher meines Radios

glaube ich dieses unerträglich Grinsen zu sehen.

Sie versprechen mir das Blaue vom Himmel, nur um meine Stimme zu bekommen. "Da habt ihr euch aber verrechnet", denke ich bei mir, "ich geb doch meine Stimme nicht am Wahltag ab, um dann 4 Jahre die Schnauze zu halten! Dem Schorsche seine Stimme, die kriegt ihr nicht!"

Um endlich Ruhe zu haben, schalte ich den Fernseher und das Radio ab, werf die Zeitung in den Ofen und mache einen Spaziergang, um mich zu entspannen.

Doch als ich zum dritten Mal an einer Plakatwand mit dem etwas dümmlich dreinschauenden Politiker vorbeikomme, der durch seine zufällige Namensgleichheit mit einer nahrhaften Gemüsesorte zu einiger Berühmtheit gekommen ist, da

platzt mir der Kragen! Weiter so, Deutschland! steht auf den Plakaten mit dem Kohlkopf. Steigende Beschäftigung habe er geschaffen, sinkende Preise und stabile Renten, verkündet

der Mann, der zu allem Unglück auch noch Bundeskanzler ist.

Daß ich nicht lache!! Rekordarbeitslosigkeit inmitten der Hochkonjunktur bei Rekordprofiten der Bosse, daß hat er mit seinen schwarzen Freunden geschafft! Und die 100.000 Arbeitsplätze, die durch die 38,5 Stunden-Woche geschaffen wurden, die heftet sich der Kohl auch noch an die Brust. Unverschämt ist der wohl gar nicht! Ich und hunderttausende meiner Kolleginnen und Kollegen, wir sind für die Arbeitszeitverkürzung auf die Straße gegangen, haben gestreikt oder uns aussperren lassen! Und die Schwarzen haben uns in trauter Eintracht mit den Kapitalisten beschimpft, so war's doch!

Dumm und töricht haben die die 35 Stunden Woche genannt, als tobenden Mob haben sie uns bezeichnet!

Und jetzt das!

Und für die sinkenden Preise kann der Kohl so wenig wie für den Sonnenaufgang! Denn billiger geworden ist doch bloß das Öl. Oder regiert die CDU jetzt auch im Nahen Osten??

Nee, von denen will ich nicht länger regiert werden! Die schwätzen vom Frieden und meinen den Sternenkrieg. Die reden von Wohlstand und schaffen immer mehr Armut. Die sagen "sozialen Frieden" und meinen Sozialabbau.

Weiter so, Deutschland?? Bloß nicht!! Und deshalb gehe ich nun doch zur Wahl.

Das heißt aber noch lange nicht, daß ich anschließend 4 Jahre lang ruhig bin!

Ich wünsche euch allen ein frohes Fest und einen guten Rutsch!



Ever Schorshe